

**Zeitschrift:** Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung  
SES

**Herausgeber:** Schweizerische Energie-Stiftung

**Band:** - (1994)

**Heft:** 2

**Vorwort:** Die Ökonomie zur Vernunft bringen

**Autor:** Marty, Kurt

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

### **Conditions d'utilisation**

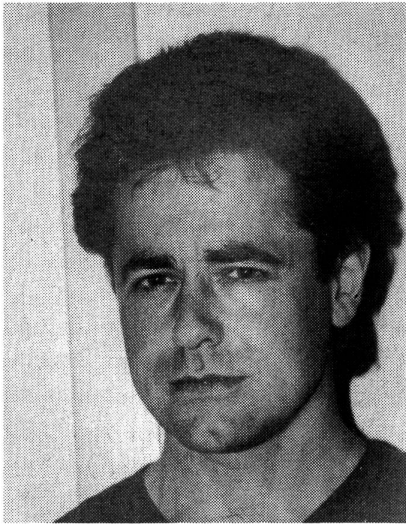
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

**Download PDF:** 22.01.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**



Kurt Marty ist SES-Geschäftsleiter vom 15. August 1994 an

Kurt Marty über Demokratieabbau

## Die Ökonomie zur Vernunft bringen

Endlich wissen wir, um was es beim Demokratieabbau geht. Der Ökonomieprofessor Walter Wittmann hat es uns im Leitartikel der "Finanz und Wirtschaft" vom 11. Mai kurz und bündig gesagt. Seit den Sechziger Jahren wird die direkte Demokratie vom Volk zu ernst genommen und läuft auf "die Ausbeutung von Eigentümern, vermögenden Personen und der oberen Schicht durch politisch mehrheitsfähige untere Einkommensschichten" hinaus. Und deshalb fordert er, dass Initiativen nur zugelassen werden, "wenn sie marktkonform sind." Mit diesem Abbau von Mitwirkungsrechten wird das Eigentum von lästigen sozialen und ökologischen Pflichten entbunden.

Grundsätzlich geht es dabei um die Abwägung zweier in der Verfassung festgehaltener Rechte: dem Eigentumsrecht und dem Mitspracherecht. Die neoliberale Wirtschaftssicht lebt vom Glauben an die Selbstheilungskräfte des Marktes. Die politische Mitsprache der Betroffenen ist dabei ein Fremdkörper. Die einzige marktkonforme "Mitsprache" geht über das Angebot und die Nachfrage. Eigentums- und Verfügungsrechte geniessen oberste Priorität. Ökonomie ist somit ein wertfreier Kosmos, der sich der ethischen Fragestellung entzieht. Das war nicht immer so. Die klassische Ökonomie nahm ihren Anfang in moralphilosophischen Fragen. Unter dem Eindruck der Verelendung der ArbeiterInnen zu Beginn der Industrialisierung forderte Jeremy Bentham revolutionär das grösstmögliche Glück der grösstmöglichen Zahl. Dieses oberste Prinzip der utilitaristischen Ethik hat zwar einige Mängel, demonstriert aber eindrücklich die ursprüngliche Verpflichtung der Ökonomie auf ethische Grundsätze.

Das ethische Element kann nur rehabilitiert werden, wenn politische und ökonomische Entscheidungen vermehrt allen Betroffenen geöffnet werden. Die Betroffenen sind jene, deren Freiheit durch die externen Effekte des Eigentums eingeschränkt wird, namentlich durch die radioaktive Gefährdung, die

Verschmutzung der Luft, die Störung der Ruhe, die Zerstörung der Landschaft und die Veränderung des Klimas. Wenn also die Ökonomie wieder auf ethische Fundamente gestellt werden soll, dürfen exklusive Eigentums- und Verfügungsrechte nicht über die Mitspracherechte gestellt werden. Ökonomie verliert dadurch ihre Legitimität. Schon Max Weber hat darauf verwiesen, dass exklusive Eigentumsrechte zur Beschränkung von Mitspracherechten führen und die Wirtschaftssubjekte von lästigen Informations- und Rechenschaftspflichten gegenüber der Öffentlichkeit befreien.

Neuerdings hat der Wirtschaftsethiker Peter Ulrich auf dem theoretischen Boden der Diskursethik ein radikaldemokratisches Programm vorgeschlagen. Damit soll die Ökonomie wieder zur Vernunft gebracht, d.h. auf ethische Fragen zurückgebunden werden. Diese Forderung geht über einen bloss korrektiven Ansatz (Vorschriften, Lenkungsmittel) hinaus und setzt bei den Wurzeln des Umweltproblems an. Alle Beteiligten und alle von ökonomischen Entscheidungen Betroffenen sollen ihre Vorstellungen von Lebensqualität in die Diskussion einbringen können. Nicht weniger, sondern mehr institutionalisierte Öffentlichkeit ist also gefragt. Die Eigentums- und Verfügungsrechte müssen sich dem Mitspracherecht unterordnen, und nicht umgekehrt.

Einen beträchtlichen Nachholbedarf an demokratischer Vernunft hat die Elektrizitätswirtschaft. Ihre Lobby muss endlich lernen, dass die Elektrizitätsproduktion und -verteilung nicht in ihren alleinigen Verfügungsbebereich gehört. Auch privatwirtschaftliche Unternehmen wie die Elektrizitätsgesellschaft Laufenburg sind keine Subjekte auf dem energiepolitischen Mars. Ihre Kunden zapfen nicht nur bei der Schweizerischen Kreditanstalt oder der Elektrowatt Strom, und die radioaktiven Abfälle des AKW Leibstadt werden voraussichtlich kaum unter dem Zürcher Paradeplatz gelagert werden.